

Studie: Zwei Drittel würden einwilligen in Organspende

BERLIN (dpa) - Die geplante regelmäßige Abfrage zur Organspende dürfte laut einer Studie die Zahl der möglichen Spender drastisch erhöhen. Zwei von drei Bundesbürgern würden demnach bestimmt oder wahrscheinlich (jeweils 33 Prozent) ihre Einwilligung geben, teilten die Bertelsmann Stiftung und die Krankenkasse Barmer GEK gestern in Berlin mit. 29 Prozent tätigen dies bestimmt oder wahrscheinlich nicht.

Das Institut GfK Healthcare hatte kurz nach der Einigung aller Fraktionen Ende November 1000 Frauen und Männer ab 14 Jahren befragt. Die im Grundsatz vereinbarte Entscheidungslösung sieht vor, dass die Spendebereitschaft der Bürger bald regelmäßig abgefragt wird - etwa mit dem Versand der Versicherungskarte.

Fast 70 Prozent meinen, die Organspende-Bereitschaft in der Bevölkerung werde so zunehmen. Heute haben laut der Umfrage nur 16 Prozent einen Organspende-Ausweis. Noch muss man per Ausweis seine Bereitschaft zu Lebzeiten aktiv erklären haben. Wann das geplante Gesetz genau kommt, ist noch unklar.

Korruptionsverdacht gegen OB Sauerland

DUISBURG/WUPPERTAL (dpa) - Gegen den Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) wird wegen Korruptionsverdachts ermittelt. Man gehe dem Anfangsverdacht der Vorteilsannahme nach, teilte gestern ein Sprecher der Wuppertaler Staatsanwaltschaft mit. Es gehe um Parteispenden für Sauerlands Wahlkampf. Sauerland war am Mittwoch darüber informiert worden, dass er im Zusammenhang mit Korruptionsermittlungen rund um das NRW-Landesarchiv als Beschuldigter gilt.

„Wir haben den Ermittlern volle Kooperation zugesagt“, sagte Sauerlands Anwalt Wolf Schiller. „Ich werde die zunächst Akteneinsicht nehmen. Soweit Verdachtsmomente bestehen sollten, werden wir versuchen, diese so schnell wie möglich auszuräumen.“

Rumänien weist Berichte zurück

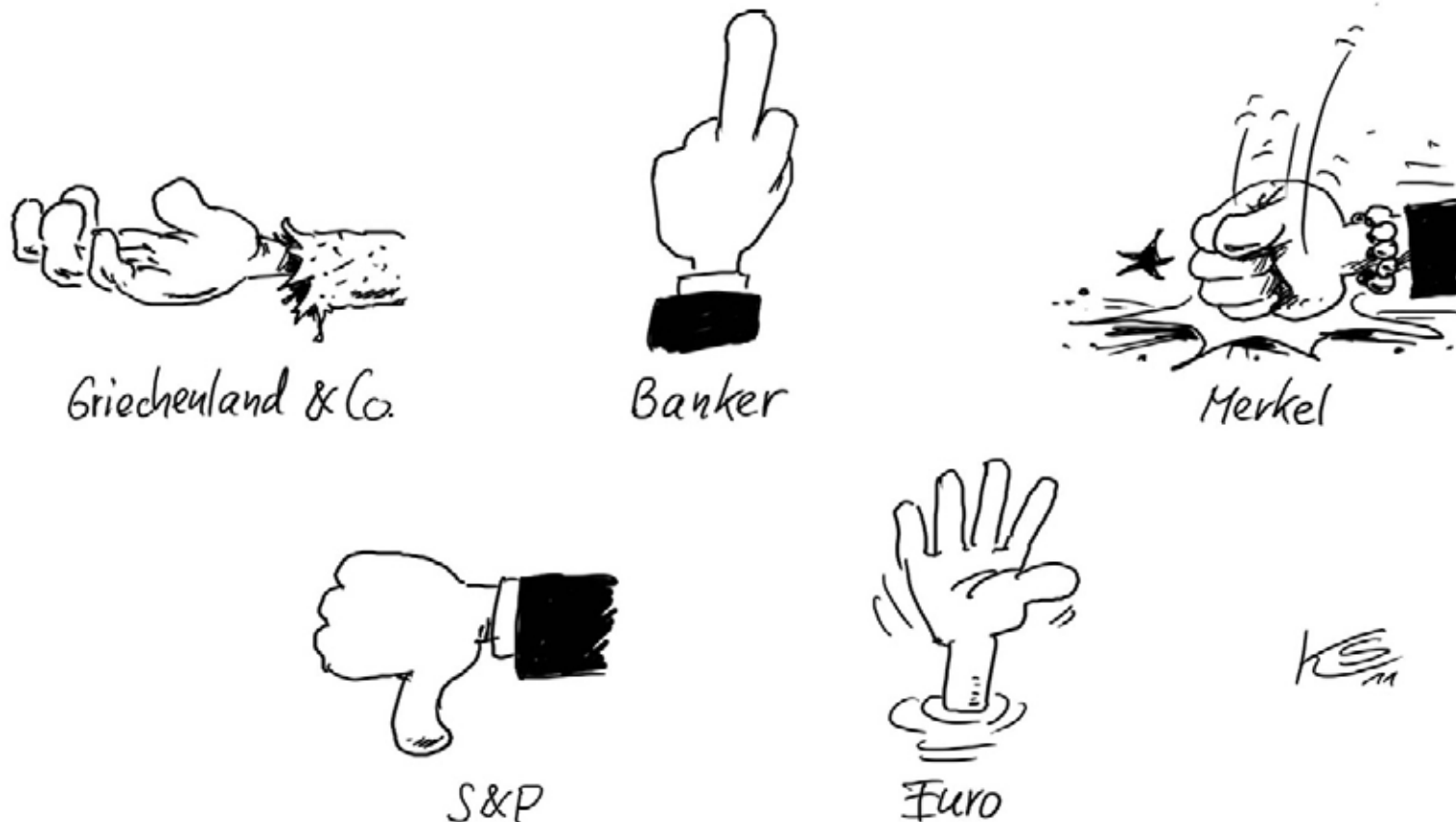
BUKAREST (dpa) - Rumänien hat Berichte über ein geheimes CIA-Gefängnis in der Hauptstadt Bukarest zurückgewiesen. Die Sprecherin der Sicherheitsbehörde Orniss, an deren Sitz sich nach Recherchen von „Süddeutscher Zeitung“ und dem ARD-Magazin „Panorama“ ab 2003 ein solches Gefängnis befinden haben soll, sagte der Nachrichtenagentur gestern, die Berichte seien „pure Spekulationen“.

Das Gebäude sei seit der Gründung der Behörde im Jahr 2002 stets ausschließlich für deren Arbeit und für nichts anderes benutzt worden, sagte die Sprecherin. Orniss ist für den Schutz von Nato-relevanten geheimen Informationen zuständig und prüft unter anderem die Zuverlässigkeit von rumänischen Beamten und Politikern, bevor diese Zugang zu geheimen Informationen bekommen. Rumänien ist seit 2004 Mitglied der Nato.

Syrien soll massiv Folter einsetzen

LONDON/ISTANBUL (dpa) - Das syrische Regime soll bei Verhören mutmaßlicher Regimegegner in den vergangenen Monaten Foltertechniken benutzt haben, die das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen übersteigen. Die in London angesiedelte Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter erklärte, für den Bericht seien schriftliche Protokolle ehemaliger Häftlinge ausgewertet worden. Seit Beginn des Aufstandes in Syrien habe die Organisation zudem anhand von Aussagen von Angehörigen 204 Fälle von zu Tode gefolterten Häftlingen dokumentiert. Ein Sprecher der syrischen Protestbewegung sagte auf Anfrage: „Wir hören aus unseren eigenen Quellen Ähnliches. Häufig werden Gefangene auch mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen an der Decke aufgehängt.“

Die Krise - Ohne Worte



Gast-Kommentar

Angela Merkel und Nicolas Sarkozy setzen alles daran, den Euro zu retten. Was aber wäre, wenn ihnen das nicht gelänge? Ein Gedankenspiel über einen Rückfall in die Tauschwirtschaft.

Wenn der Euro wertlos wäre

Von Markus A. Will

Mit welchem Gefühl schauen Sie in ihre Geldbörse? Wenn Sie kein Vertrauen mehr in das haben, was Sie dort sehen, dann hat ihr Geld seinen Wert verloren. Das wäre der Moment, in dem Menschen wie in Kriegs- und Krisenzeiten wieder anfangen würden, Waren gegen Waren zu tauschen und nicht mehr gegen Geld. Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft fiele zurück in die Tauschwirtschaft. Am Ende geht es genau darum, warum der Euro um jeden Preis gerettet werden muss.

Lehman-Pleite Peanuts dagegen

Ein vollständiger Vertrauensverlust in den Euro wäre eine Jahrhundertkatastrophe, gegen die die Lehman-Pleite von 2008 mit ihren Folgen eine Randnotiz in der Geschichte wäre. Bewegungen wie von nun an weitestgehend im Konjunktiv. Was könnte passieren, wenn alle Akteure, die Investoren, die Banker und die Bürger das Vertrauen in die aktuell wichtigste europäische Instanz verlieren: die Europäische Zentralbank (EZB)?

Wenn das Vertrauen in den Euro verloren ginge, dann fingen die Probleme für Unternehmer und Bürger erst richtig an. Jeder Euro-Skeptiker und D-Mark-Nostalgiker sollte daran denken und seine Worte genau wägen. Denn schon mit den falschen Worten und Taten lässt sich Vertrauen zerstören. Im Gegenzug baut sich Vertrauen nicht so eben einmal auf, auch nicht mit einer neuen Währung.

Diese Jahrhundertkatastrophe zu verhindern, ist die epochale und gemeinsame Aufgabe von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, und zwar auch beim EU-Gipfel in dieser Woche. Seit ihrem bilateralen Treffen am Montag sind Merkozy auf dem

richtigen Weg und geben die Richtung vor: Die Europäische Union muss sich zu einer politischen Union entwickeln.

Bis dahin bleibt die Angst, dass der Euro zusammenbricht und die Frage, was dann passiert. Ehe man an dieser Stelle weiterliest, muss eine Art „Beipackzettel“ vorangestellt werden: Der Euro ist nicht zusammengebrochen. Sollten Merkozy scheitern, wäre der Euro auch nicht über Nacht wertlos! Die erste Nebenwirkung hieße Inflation. Das bedeutet, dass man mehr Scheine in der Geldbörse hätte, aber damit nicht mehr Waren einkaufen könnte: Weil die Preise dramatisch steigen. Es wäre so, als könnte der Körper immer weniger Sauerstoff aufnehmen, auch wenn er immer schneller atmet. Irgendwann wäre der Mensch nur noch Sekunden vom Exitus entfernt!

Für die Wirtschaft wäre der totale Vertrauens- und Wertverlust in unser Geld dieser Exitus, vielleicht durch sehr hohe Inflation, möglicherweise durch gehäufte Austritte

von Ländern aus dem Euro, eventuell sogar durch die - Vorsicht! - Rückkehr zur D-Mark. Wenn Wirtschaft etwas mit Psychologie zu tun hat, dann vor allem rund um diese Scheine und Münzen, an deren Wert man einfach glauben muss. Es braucht so etwas wie Gottvertrauen. Zweimal ist dieses Vertrauen in Deutschland im vergangenen Jahrhundert verloren gegangen, in den 1920er-Jahren und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Alkohol und Zigaretten

Bräche aber alles zusammen, dann wäre die Rückkehr in die archaische Tauschwirtschaft zumindest vorübergehend eine denkbare Folge. Anstelle von Währungen würden sich handelbare Güter herausbilden: Früher waren es einmal Zigaretten, es könnte aber auch Alkohol sein. Wer etwas hätte, das knapp und begehrt wäre, könnte diese „Tauschwährungen“ einsetzen. Nahrungsmittel würden wieder in den Mittelpunkt allen Handelns rücken.

Dies wäre eine ganz ungewohnte Vorstellung, da der Mensch in der heutigen Volkswirtschaft nur noch einen sehr geringen Teil seines Einkommens für Nahrung aufbringt. Ein bekannter deutscher Volkswirt, vor Publikum auf die Ausfallwahrscheinlichkeit des Euro angesprochen, hielt diese zwar noch für gering, so um 20 Prozent. Doch er sei froh, dass seine Familie Wald besitze, jemand aus der Verwandtschaft Tiere schlachten könne und es noch Kamme gäbe, in denen gekocht wird.

Wer keinen Wald oder Grund hat, sollte Gold oder wahlweise Goldschmuck und Brillanten haben. Gold kann man in kleinen Stücken handeln - im Krisenfall gegen lebensnotwendige Dinge. Deshalb steigt die Nachfrage nach Gold in Krisenzeiten, wenn Geld unsicherer wird.

Sollte das Geld wirklich weg sein, müsste auch jeder wieder ein Handwerk können, Bauer sein oder ein wenig Land besitzen. Woher soll denn das Gemüse sonst kommen? Wie wollte man spanische Gurken oder italienisches Pesto denn bezahlen? Gar nicht, es müsste alles selbst gemacht werden und gegen andere Waren getauscht werden. Die Übergangsgesellschaft hätte sich mit einem Schlag erledigt.

Handel wäre nicht mehr global, sondern fände wieder lokal statt, schließlich könnte man ja keine Fische von Flensburg nach Passau verfrachten, um von dort - sagen wir - eine bayerische Sau mitzunehmen. Und wie viel Fische gäbe es für eine Sau? Ohne Geld als dominierendes Tauschobjekt würde jede Signalwirkung über Preise fehlen! Auch Arbeitsteilung wäre nichts mehr wert, denn wie ließe sich die Wertschöpfung mit Tauschgütern bemessen. Wie viel Schweinebauch würde eine Autoreparatur kosten? Oder ein Liter Benzin?

Regionale Schwarzmärkte und Tauschbörsen schossen wie Pilze aus dem Boden. Ein ganzes Land fiele fast wieder ins Mittelalter zurück. Kein Mensch bräuchte mehr Banken und statt einem Konto besser ein Lagerhaus. Staatliche Renten gäbe es kaum mehr. Unternehmen gäben Bezugsmarken an ihre Mitarbeiter aus, anstatt mit Geldlöhnen zu bezahlen.

Zurück zum „Beipackzettel“ und in den Indikativ: Noch ist es nicht zu spät, noch ist alles möglich, noch lässt sich der Zusammenbruch der Euro-Zone abwenden. Es ist eigentlich auch unvorstellbar, dass es verantwortungsvolle Politiker so weit kommen lassen. Merkozy haben es in der Hand, die Europäische Union in eine neue Epoche zu führen. Sie verdienen unsere Unterstützung!

Der Autor



Markus A. Will ist Volkswirt, hat seine Doktorarbeit über die deutsche Währungsunion geschrieben und ist Autor zweier Krimis über die Finanzkrise. Zudem lehrt er als Privatdozent Kommunikationsmanagement an der Schweizer Elitehochschule HSG in St. Gallen. Mehr Informationen unter www.markuswill.com

Innenminister beraten NPD-Verbotsverfahren

SPD-Länder fordern neuen Anlauf - Unionsminister warnen vor Schnellschüssen

WIESBADEN (dpa) - Die Innenminister von Bund und Ländern suchen eine gemeinsame Position zu einem möglichen Verbot der rechtsextremen NPD. Einen Beschluss für ein neues Verbotverfahren wird es bei der bis heute andauernden Innenministerkonferenz (IMK) in Wiesbaden aber wohl noch nicht geben.

Die SPD-geführten Länder fordern zwar einen neuen Anlauf. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und andere Unionsminister warnen aber vor Schnellschüssen. Die IMK wird wohl eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern auffordern, Kriterien für ein erfolgreiches Verbot zu entwickeln.

Die Innenminister der SPD-geführten Länder sprachen sich gestern einstimmig für ein NPD-Verbot aus. Das sagte ein Sprecher des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz (SPD) in Mainz. Die unionsgeführten Länder sind aber zurückhaltend - sie werden wahrscheinlich nicht so weit gehen, weil sie das Risiko eines Scheiterns für zu hoch halten.

Im Jahr 2003 war ein erstes Verbotverfahren an der Frage der Verfassungsschutz in der NPD-Führung gescheitert. Die Debatte um einen erneuten Vorstoß war durch das Zwickauer Neonazitrio, dem zehn Morde angelastet

werden, in Gang gekommen. Ein Parteiverbot muss beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden.

Ein Beschluss der Innenminister wäre ohnehin nur ein Signal: Nur Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat können einen Verbot beantragen. Die Innenministerkonferenz müsste den Beschluss ohne Gegenstimme fassen, da das Prinzip der Einstimmigkeit gilt.

Bundesinnenminister Friedrich hatte vor der Konferenz noch einmal vor Schnellschüssen gewarnt. „Wenn man ein solches Verbotverfahren macht, muss man wissen, dass man es gewinnen muss“, sagte er. „Wenn man nicht gewinnt, wird die

NPD triumphieren. Ich habe immer gesagt, das darf auf keinen Fall passieren.“ Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD) kritisierte die skeptische Haltung einiger Länder zu einem neuen Anlauf für ein NPD-Verbot. „Einzelne Landesfürsten der Union, allen voran die Innenminister Hessens und Niedersachsens, haben bisher leider alle Versuche blockiert, ein neues NPD-Verbotverfahren auf den Weg zu bringen“, sagte er. Deshalb werde es zunächst keinen einvernehmlichen Beschluss der Innenministerkonferenz geben können. Auch im Bundesrat sei derzeit keine Mehrheit für ein neues Verbotverfahren in Sicht. - SZ-STICHWORT

Pressestimmen

Der Ruf leidet

Die konservative dänische Tageszeitung „Berlingske Tidende“ (Kopenhagen) meint zur Finanzkrise und zum Brüsseler Gipfel: „Das fehlende Handeln der EU hat ohne Zweifel die Möglichkeiten für ein schnelles Überwinden der Krise für die europäischen Länder verschlechtert. Egal wie der Gipfel der Union am Freitag ausgeht, wird sich weiter alle Aufmerksamkeit darauf richten, ob es die EU im allerletzten Augenblick schafft, ihr Schuldenproblem glaubwürdig unter Kontrolle zu bringen. Am schlimmsten aber ist, dass der Ruf der EU in einem solchen Maß gelitten hat, dass es künftig möglicherweise schwer werden kann, Kapital für Investitionen in Europa zu sichern.“

Großbritannien muss handeln

Die konservative britische Zeitung „The Times“ fordert eine klare Haltung Großbritanniens zur Eurokrise: „Angela Merkel und Präsident Sarkozy wollen als Antwort auf die Eurokrise eine stärkere Integration der EU. Die Partner außerhalb des Euro sollen kooperieren. Merkel und Sarkozy möchten die EU-Institutionen für die Stützung der Eurozone einsetzen. Sie wollen jedoch, wenn nötig, auch mit einem verkleinerten Kreis vorangehen. Und was ist unsere Antwort darauf? (Regierungschef) Cameron kann vielleicht nichts Genaues über die Verhandlungen auf dem Gipfel in Brüssel sagen, doch er könnte zweifellos eine klarere Vorstellung über ein Europa der zwei Geschwindigkeiten entwickeln. Die EU wird sich ändern. Großbritannien muss die Union mitgestalten, sonst wird die EU Großbritannien umformen.“

Chancen für jeden Einzelnen

Das Massenblatt „Kurier“ aus Wien schreibt nach der gesetzlich beschlossenen Schuldenbremse für Österreich: „Die Freiheitlichen, früher einmal eine Europa-Partei, sehen ja seit dem Beitritt zur EU nur Schrecken und Unheil über unser Land kommen. Dass Österreich heute die höchste Beschäftigung verzeichnet, wird gerne verschwiegen. Wer wird sich um Fakten kümmern, wenn es nur darum geht, eine besonders dumme Ankündigung bestätigt zu wissen: Österreich werde von Arbeitskräften aus dem Süden überlaufen. Das Gegenteil ist wahr: Das Arbeitsmarktservice überlegt, wie wir gut ausgebildete Arbeitskräfte zu uns holen können. Die Deutschen, die ebenfalls unter Fachkräftemangel leiden, sind da schon ein Stück weiter. So wird Europa langsam, aber doch einen gemeinsamen Arbeitsmarkt bekommen. Das erhöht die Chancen für jeden Einzelnen, wird aber auch mehr Flexibilität verlangen. So entsteht ein Europa jenseits von Krisen, Ratings und Vertragsdiskussionen.“

Zitat des Tages

„Wenn sie das hinbringt, ist sie die Frau des Jahres.“



CSU-Chef Horst Seehofer diese Woche in München auf die Frage, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) heute für einen Erfolg des EU-Gipfels in Brüssel sorgen kann.